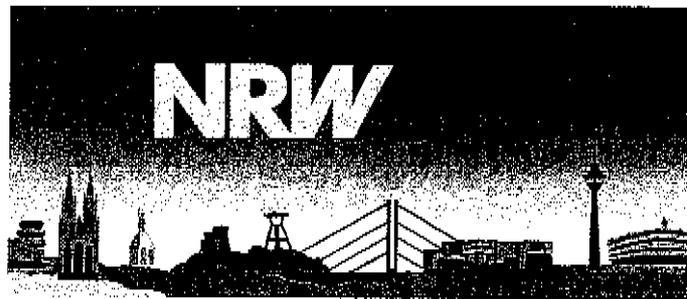


Landesdelegierten-
konferenz

8. September 1990
Bielefeld, Stadthalle



P r o t o k o l l

Inhaltsverzeichnis

Seite/n

1.	Eröffnung	1	
2.	Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz	1	- 2
	a) Wahl der Versammlungsleiterin		
	b) Wahl des Schriftführers		
	c) Wahl der Vertrauensfrau		
	d) Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes		
	e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmerinnen zur Versicherung an Eides Statt		
	f) Wahl der Mandatsprüfungskommission		
	g) Wahl der Wahlkommission		
3.	Grundsatzrede Ministerpräsident Johannes Rau Landesvorsitzender der SPD in NRW	3	- 12
4.	Beschlussfassung über	13	- 15
	a) die Tagesordnung		
	b) die Geschäftsordnung		
5.	Grussworte	15	
6.	Bericht der Mandatsprüfungskommission	15	
7.	Antragsberatung	16	
8.	"Fortschritt 90 - Offensive für ein modernes Deutschland" Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Zöpel	17	- 26
9.	Beschlussfassung über die Landesliste	27	- 28
	a) Platz 1 der Landesliste		
	b) Platz 2 bis Schluss der Landesliste		
	Feststellung zum Wahlverfahren und Wahlergebnis	28	
10.	Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD Willy Brandt	29	- 36
11.	Schlusswort	37	

1. Eröffnung

Die stellvertretende Landesvorsitzende Antje H u b e r eröffnete die Landesdelegiertenkonferenz. Sie begrüßte die Anwesenden, im besonderen Willy Brandt, Anke Fuchs, Friedhelm Farthmann und Hans Berger, dem sie zur Wahl zum IGBE-Vorsitzenden gratulierte.

2. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz

- a) Wahl der Versammlungsleiterin
- b) Wahl des Schriftführers
- c) Wahl der Vertrauensfrau
- d) Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes
- e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmerinnen zur Versicherung an Eides Statt
- f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
- g) Wahl der Wahlkommission

Es wurden vorgeschlagen und einstimmig gewählt:

- a) als Versammlungsleiterin
Antje H u b e r , Bezirk Niederrhein;
- b) als Schriftführer
Axel H o r s t m a n n , Bezirk Ostwestfalen-Lippe;
- c) als Vertrauensfrau
Ingeborg F r i e b e , Bezirk Niederrhein;
- d) als stellvertretender Vertrauensmann
Hans F r e y , Bezirk Westliches Westfalen;
- e) als Versammlungsteilnehmerinnen zur
Versicherung an Eides Statt (Delegierte)
Gabriele B e h l e r , Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Gisela G e b a u e r - N e h r i n g , Bezirk Mittelrhein;

f) als Mitglieder der Mandatsprüfungskommission

Günter	H a r k e	, Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Barbara	I n g e n k a m p	, Bezirk Mittelrhein
Wilfried	M i t t e l b e r g	, Landeskontrollkommission
Herbert	N i l g e s	, Landeskontrollkommission
Heide	S c h m i d t	, Bezirk Westliches Westfalen
Erwin	S t a h l	, Landeskontrollkommission
Rainer	V e r h o e v e n	, Landeskontrollkommission
Hildegard	W e s t e r	, Bezirk Niederrhein ;

g) als Mitglieder der Wahlkommission

Heinrich	B e c k e r	, Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Lutz	B e i n e	, Bezirk Mittelrhein
Klaus	B e s s e	, Bezirk Westliches Westfalen
Detlef	B o g d a h n	, Bezirk Westliches Westfalen
Veronika	F r a n k e	, Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Peter	F r i c k e	, Bezirk Niederrhein
Wilfried	M i t t e l b e r g	, Landeskontrollkommission
Herbert	N i l g e s	, Landeskontrollkommission
Erwin	S t a h l	, Landeskontrollkommission
Astrid	S t r ö b e l e	, Bezirk Mittelrhein
Rainer	V e r h o e v e n	, Landeskontrollkommission
Gerlinde	W e i n s b e r g - M e i n e r t,	Bezirk Niederrhein.

3. Grundsatzrede Ministerpräsident Johannes Rau Landesvorsitzender der SPD in NRW

Liebe Freunde,

die historischen Daten, mit denen wir es zu tun haben, werden immer gedrängter in den hinter uns liegenden und in dem vor uns liegenden Jahr. Ich selber komme gerade von einer viereinhalbtägigen Reise nach Israel. Dort habe ich mit Freunden gesprochen, mit denen wir als nordrhein-westfälische Sozialdemokraten seit Jahrzehnten verbunden sind und die gerne diese Verbundenheit fortsetzen und erneuern möchten. Dort habe ich gesprochen mit den Vertretern der Regierung, die ihre Sicherheitspolitik so verstehen, daß ihnen das Gespräch mit den Menschen in den besetzten Gebieten kaum möglich scheint. Ich habe mit denen gesprochen, die in den besetzten Gebieten um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen und mit vielen, die sehr viel stärker noch als wir spüren, wie sich die Welt verändert hat in den letzten vier Wochen.

Viele haben gefragt nach der deutschen Einheit. Viele haben gefragt, wie wir damit wohl umzugehen wüssten und ob es Anlaß gäbe, Sorgen zu haben vor einem großen, zu starken oder sich zu groß oder zu stark fühlenden Deutschland. Aber noch mehr haben von der Sorge gesprochen, daß die Politik eines Diktators und eines Aggressor die ganze Welt in Brand setzen könnte, Saddam Hussein.

Wir treffen uns hier vor einem Tag, der morgen George Bush und Michail Gorbatschow zusammenbringt in Helsinki. Sie werden darüber reden, ob es friedliche, ob es diplomatische Möglichkeiten gibt, diesen Konflikt zu lösen und den Frieden im Mittleren Osten wiederherzustellen. Ich spreche davon zu Beginn dieser Delegiertenkonferenz nach einer mich immer noch bewegenden Reise, damit wir uns richtig einordnen, damit wir wissen und lernen, daß sich die Welt verändert, daß der Ost-West Konflikt, der aufgehoben und überwunden scheint, nicht das Ende der Konflikte ist, daß es jetzt höchste Zeit ist - und das habe ich in den ersten Minuten meiner zugegebenermaßen nicht kurzen Regierungserklärung gesagt - daß es jetzt höchste Zeit ist, zu erkennen: Wir in den Industrieländern sind danach gefragt, ob wir mit-helfen, den Nord-Süd Konflikt zu lösen, ob wir helfen, zu lösen, das was es an Spannungen gibt durch die Anhäufung des Reichtums im Norden und durch die Ausbreitung der Armut im Süden. Das ist eine Weltfrage.

Das ist eine weltpolitische Frage, aber es ist gleichzeitig eine politische Frage, die auch uns herausfordert im eigenen Interesse wie im Interesse der anderen Völker.

Wir leben im Jahrhundert der Flüchtlinge, wir leben in einer Zeit in der viele, viele Millionen Menschen unterwegs sind, nicht nur aus politischen Gründen, oft aus wirtschaftlichen Gründen, die wir besser soziale Gründe nennen sollten. Wir spüren, daß wir vor Herausforderungen stehn, die größer zu sein scheinen, als unsere Kraft. Da kommt es darauf an, daß die Deutschen erkennbar sind, daß wir erkennbar sind in unserem klaren Ja, zu dem was die Vereinten Nationen gegenwärtig tun zur Bewältigung der Krise im Mittleren Osten. Es kommt darauf an, daß wir in unserer Verlässlichkeit erkennbar sind, denn nur so kann von Helsinki ein unmißverständliches Signal ausgehen. Dieses Signal darf dann nicht nur heißen "zurück mit den

Irakis aus Kuwait", darf dann nicht nur heißen "Selbstbestimmung für alle Völker im Mittleren Osten", sondern dieses Signal muß dann auch heißen, und das sagen wir in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen in aller Betroffenheit im wörtlichen Sinne des Wortes: Schluß mit den A-Waffen, Schluß mit den B-Waffen, Schluß mit dem Export von Material für C-Waffen. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Massentod ein Exportartikel ist. Wir müssen uns einsetzen für die weltweite Ächtung dieser Waffen.

Wer das sagt, der weiß: Es gibt auch Verdacht gegen deutsche Unternehmen. Es gibt auch Verdacht gegen nordrhein-westfälische Unternehmen, daß sie an der Chemiewaffenherstellung und an ihrer Ermöglichung beteiligt gewesen sind. Solange nur Verdacht besteht, darf man keinen verurteilen. Aber wenn Urteile möglich sind, dann gehören die Verantwortlichen nicht vor gut dra-pierte Bilanzpressekonferenzen, sondern vor den Staatsanwalt und vor Gericht.

Wir dürfen keine Schlupflöcher zulassen. Wir brauchen schärfere Kontrollen, schärfere Gesetze, härtere Strafen für Waffenhändler. Darum sind wir aktiv geworden. Das Außenwirtschaftsgesetz ist novelliert und jetzt muß das Kriegswaffenkontrollgesetz novelliert werden. Wir müssen dafür sorgen, daß Waffenexporte in die Länder der Nato und in vergleichbare Länder nicht zum Alibi werden dafür, daß wir unter den ersten fünf Waffenexporteuren in der Welt sind. Ich habe in Ahlen davon gesprochen, von dem Traum, daß die Menschen den Container auspacken in den Häfen der Welt und bei dem Wort "made in Germany" die Filteranlagen entdecken und nicht U-Boot-Teile, Wasseraufbereitungsanlagen und nicht U-Boote.

Das muß unsere Politik sein. Aufgrund dieser Politik haben wir neue und vergrößerte Möglichkeiten in der Situation, in der wir als Volk stehen. Unser aller Denken ist in den letzten Monaten bestimmt durch die deutschlandpolitische Entwicklung. Der 9. November, die Wochen davor, die Erlebnisse in den Botschaften in Prag und in Budapest, dann der Abend selber und all das, was sich an den Abend angefügt hat.

Wären wir nicht im politischen Geschäft oft so abgebrüht, dann dürfte man wohl die Wirklichkeit so beschreiben: Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Was wäre mit demjenigen geschehen, der ein Szenario entwickelt, eine Geschichte erzählt hätte, mit dem 9. November 1989 und dem 3. Oktober 1990 so wie sie sind und wie sie sein werden. Man hätte ihn wahrscheinlich in ärztliche Behandlung geschickt. Denn wir hatten uns alle eingerichtet mit der Zweistaatlichkeit. Wir hatten versucht, diese Zweistaatlichkeit zu durchlöchern. Wir haben uns für keinen Versuch zu entschuldigen, bei dem es uns gelungen ist, noch zu Zeiten der Mauer durch unendlich viele mühsame Gespräche Menschen freizukaufen und herzuholen aus der DDR. Wir werden uns dafür nicht entschuldigen.

Aber jetzt sind die Aufgaben andere, jetzt werden wir gefragt, ob wir auch für diese Aufgaben gerüstet sind. Richtig vorbereitet sind wir nur, wenn wir erkennen: Das war kein Jahr der Deutschen, wie der Kanzler einmal gesagt hat, sondern das war ein Jahr europäischer Freiheitsbewegung, das war nicht ein Sieg dieser oder jener Politik über diese oder jene, sondern das war der Erfolg der Menschen, die den aufrechten Gang geübt haben, als das noch lebensgefährlich war und das war der Erfolg der Menschen, die in Prag und in Warschau und in Budapest europäische Freiheitsbewegung möglich gemacht haben von Solidarnosc aus und von Charta 77 aus und dann sind die Deutschen dazugekommen und dann haben sie ihren Beitrag gebracht - nicht im Bundeskanzleramt und in Parteizentralen, sondern auf der Straße in Rostock und in Leipzig und in Dresden. Da ist die deutsche Einheit möglich

gemacht worden. Man darf auf den Ruf: "Wir sind das Volk" nicht einfach antworten: "Und ich bin der Kanzler". Da hat man die Geschichte verfehlt.

In weniger als vier Wochen ist die Teilung Deutschlands überwunden. Wir werden die Erinnerung an den 9. November, des ohnehin durch andere Ereignisse belasteten, bewegten Tag nicht vergessen. Nur jetzt ist dieses Datum ein Arbeitsauftrag an uns. Dieser Arbeitsauftrag wird täglich deutlicher. Wir sehen, was die Kommandowirtschaft angerichtet hat. Wer in Bitterfeld nicht nur eine Veranstaltung gehabt hat, sondern wer in Bitterfeld ein paar Stunden Zeit gehabt hat, durch die Straßen zu gehen und in die Betriebe zu kommen der weiß, welche Arbeit da jetzt erst fällig ist.

Wer in Mecklenburg und in Brandenburg, in Thüringen und in Sachsen-Anhalt gewesen ist, der weiß, wie sehr die Bürger dort in dem Gefühl leben, sie hätten nur Sand unter den Füßen und alles rutsche weg, und der wird die Herausforderung sehen, die in den Tagen vom 14. Oktober und vom 2. Dezember liegt, der wird alles tun, damit wir jetzt nicht schuldig bleiben bei der Erfüllung des Satzes, den Willy Brandt gesprochen hat: "Es wächst zusammen, was zusammengehört." Ich sage das vor nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten, weil ich ihnen danken möchte für das, was sie in den letzten Monaten und in den Ländern der bisherigen DDR getan haben, und was sie in den nächsten Wochen tun werden. Ich kann keinem versprechen, daß das weniger wird in den nächsten drei Monaten, sondern ich kann nur bitten: Setzt alle Kraft ein, stellt alle freie Zeit zur Verfügung, lasst alle Selbstbeschäftigung im eigenen Ortsverein, solange ihr helfen könnt, daß das Zeichen der sozialen Demokratie in der DDR größer wird. Da hilft nicht nur ab und zu einmal ein Abenteuerurlaub, 14 Tage Urlaub. Da ist Arbeit gefragt.

Wir haben uns ja etwas dabei gedacht, als wir Anke Fuchs und Friedhelm Fahrtmann ermutigt haben, in Thüringen und in Sachsen sich um das Amt des Ministerpräsidenten zu bewerben. Uns haben nicht nur die guten Erfahrungen in Leipzig ermutigt, sondern der Hinweis vieler Menschen aus der DDR: Gebt uns jetzt Hilfe durch eine paar gestandene Leute, durch ein paar Leute, die demokratische und politische Bewährung in einem Maße angereichert haben, das wir nicht anreichern konnten. Dann haben wir eine Chance gegen diejenigen, die auf der breiten Basis alter Blockparteien jetzt neue Politik machen wollen. Die Frage an uns ist, ob wir das möglich machen, ob wir dabei mithelfen, ob wir unseren Beitrag leisten.

Die wenigsten haben bewußt zur Kenntnis genommen, daß wir im Juni eine Sitzung des Bundesrates gehabt haben, die war einmalig in der Geschichte des Bundesrates. Es war die erste Sitzung in 41 Jahren, in denen die sozialdemokratischen Regierungen die Mehrheit hatten. Das hat es noch nie gegeben. Auch in den 13 Jahren der Kanzlerschaft von Willy Brandt und Helmut Schmidt haben die beiden immer regieren müssen gegen eine konservative Mehrheit im Bundesrat. Der 13. Mai hat das verändert. Aber der 14. Oktober könnte es wieder umdrehen, wenn wir nicht dafür sorgen, daß in den Ländern der bisherigen DDR SPD-geführte Regierungen zustandekommen.

Da weiß jeder, - bei geringentwickelter Meinungsforschung in der DDR -, daß die Wahl vom 18. März und vom 6. Mai keine typischen Wahlen gewesen sein konnten, in einem Land, in dem es seit 1932 keine freien Wahlen mehr gegeben hat. Jeder weiß, daß das Spiel offen ist, daß die Chancen da sind, daß man sie aber auch ergreifen muß. Wer jetzt durch die DDR fährt, der wünscht sich ja nicht nur, daß da mehr Politik geschieht, sozialdemokratische Politik erkennbar wird, arbeitnehmerorientierte Politik erkennbar wird. Er wünscht sich auch, daß endlich die Investoren in die DDR gehen, nicht nur die Gebrauchtwarenhändler, denn das ist gegenwärtig die Situa-

on. Ich habe neulich mit dem Bürgermeister von Oranienburg gesprochen, der keiner Partei angehört, und den ich seit über 30 Jahren kenne, ein Mann mit fünf Berufsverboten, der einem Stadtrat vorsitzt, in dem sein eigener Bruder als PDS-Vertreter sitzt. Den habe ich gefragt: "Wie ist denn Deine Stimmung?" Da hat er gesagt: "Wir waren 29 Jahre Schiffbrüchige, jetzt kommen wir an Land und werden von lauter Seeräubern überfallen."

Es ist bedrückend zu erleben, wie tausende von Westdeutschen rüberfahren, um die schnelle Mark zu machen, statt daß dreihundert Unternehmer hingehen, um da Fabriken zu errichten und was zustande zu bringen.

Was ich gesagt habe zur europäischen Dimension der Deutschen Einheit, das dürfen wir nicht vergessen, nicht nur wegen der historischen Wahrheit. Wir dürfen es auch deshalb nicht vergessen, weil der deutsche Einigungsprozeß seine Glaubwürdigkeit, seine Rechtfertigung nur bekommt, wenn wir ihn verstehen als einen Teil des europäischen Einigungsprozesses, so wie wir gute Nachbarschaft erfahren und erlebt haben mit Belgien und Holland, Luxemburg und Frankreich und mit Dänemark. Wir, die wir vier Jahrzehnte lang selbstverständlich über Grenzen gehen konnten, wir, die wir bei Unternehmen beschäftigt sind, die längst nicht mehr national orientiert sind, sondern (entweder von den Eigentumsverhältnissen oder von den Kundenverpflichtungen her europäisch oder weltweit orientiert sind.

Wir können und wir wollen nicht zurück zum Nationalstaat des 19 Jahrhunderts Bismarckscher Prägung. Wir wollen ein Teil Europas sein, eines vielfältigen Europas und wollen in dies vielfältige Europa unsere Vielfalt einbringen. Die deutschen Sozialdemokraten haben ihren Beitrag geleistet. Wie immer der Urheberstreit weitergeführt wird über die Frage, wie denn das zustande gekommen sei, was wir miteinander jetzt aufbauen: Ohne die Ostpolitik von Willy Brandt, ohne die Entspannungspolitik gäbe es Gorbatschow nicht, und gäbe es Gorbatschow nicht, gäbe es diese Politik nicht, die wir heute haben. Wir wollen das nicht vergessen.

Leicht ist das nicht gewesen, ich weiß das als einer, der erst als Jüngerer, dann als immer Älterer dabei gewesen ist, diese letzten zwei, drei Jahrzehnte. Leicht ist das nicht gewesen, die Schallmauer der Vorurteile zu durchbrechen und vom kalten Krieg von 1961, vom Mauerbau zu der Politik des Wandels durch Annäherung zu kommen, die zuerst die Mauer durchlässig und sie dann eines Tages hinfällig machte. Leicht war das nicht und darum, weil wir diese Arbeit geleistet haben, darum kommt es jetzt darauf an, daß wir außer dem Staunen und außer dem Jubel der berechtigt, begründet und verständlich ist, auch unseren Beitrag leisten zu dem inneren Zusammenwachsen der Deutschen, damit das in den nächsten Jahren zustande kommt.

Da waren die Auseinandersetzungen über die Staatsverträge. Ich kann alle die verstehen, die der Nachrichten und der Meldungen überdrüssig wurden über Wahltermine, über Wahlgesetze und über Staatsvertrag 1 und Staatsvertrag 2. Ich kann sie alle gut verstehen. Aber warum haben wir denn diesen Streit geführt, warum haben wir ihn denn zu einem guten Ende gebracht? Weil es uns darum ging, in einem sich immer stärker selbst beschleunigenden Prozeß dafür zu sorgen, daß die Leute nicht unter die Räder kamen, daß die Menschen nicht ins Bergfreie fielen durch den Beitritt. Darum haben wir mitgewirkt an einem Staatsvertrag, der jetzt paraphiert ist und in dem wir unsere zentralen Punkte durchgesetzt haben.

Endlich gibt es Rechtssicherheit für Grund und Boden. Endlich gibt es die Konfiszierung der Milliarden unberechtigt zustande gekommener Vermögen der SED und der Blockparteien. Milliarden sind da angehäuft worden. Endlich

gibt es eine Rechtsangleichung zwischen der DDR und uns, die nicht nur auf dem schwierigen Gebiet zählt, das man mit dem Stichwort § 218 bezeichnet. Stundenlange, schwierige Gespräche waren nötig. Es gibt auch Verbesserungen beim Mieterschutz in der bisherigen DDR.

Was die Diskussion um Fristen- und Indikationslösung angeht, ein Feld, von dem jeder weiß, daß der einzelne an seine Gewissensentscheidung gebunden ist, da darf keiner den anderen zu überwältigen versuchen. Soviel ist erreicht, daß endlich deutlich ist: Den § 218 in der bisherigen Form wird es in zwei bis drei Jahren nicht mehr geben, sondern es wird in zwei, drei Jahren geben einen klaren Vorrang von Beratung und Hilfe vor Strafandrohung. Das Strafrecht ist nicht geeignet, das Leben zu schützen. Die Gesellschaft kann werdendes Leben schützen, aber nicht mit den Mitteln des Strafrechts.

Ob daraus, liebe Freunde, eines Tages, aus dem, was da zustande gebracht worden ist insgesamt, eine neue Verfassung entsteht, das ist noch offen. Ich wünschte mir das. Ich wünschte mir, wir würden das Grundgesetz nicht kleinreden, denn es ist ein großes Angebot und es ist eine Verfassung, die eigene Strahlungskraft hat. Aber ob wir selber in guter Verfassung sind, da ist auch noch zu klären, wie es denn mit der wirklichen Gleichstellung von Mann und Frau steht, wie es denn mit der wirklichen Bemühung um den Schutz nicht nur unserer Lebensgrundlagen, sondern der Natur steht, der Schöpfung, wie andere sagen würden. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten uns dafür einsetzen, daß dieses Grundgesetz nicht beiseitegeschoben, sondern verbessert wird, daß es ergänzt wird in wichtigen, essentiellen Punkten und daß dann die mündigen Bürger dieses Volkes die Chance haben, die Geburtsurkunde des neuen deutschen Staates auch mit einer Volksabstimmung zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Es hat lange gedauert, es hat schwierige Gespräche nötig gemacht, damit in der Präambel dieses Staatsvertrags wenigstens ein paar Worte darüber stehen, daß unser Zusammenwachsen kein Vorgang ist, so normal wie jede andere Konföderation, sondern daß in diesem Staatsvertrag steht, daß wir uns unserer besonderen Verantwortung vor unserer Geschichte bewußt sind, daß wir uns dieser Verantwortung auch bewußt sind gegenüber den Menschen, die durch Deutsche Leid erfahren haben. Viele von ihnen sind entschädigt worden. 16 Millionen hatten keinen Zugriff auf solche Entschädigung. Dies ist kein erstes Thema, aber es ist eine Frage nach dem Selbstverständnis eines Staates, ob er beim Zustandekommen seiner Einheitlichkeit und seiner Einheit die vergißt oder die nicht vergißt, die sprachlos gewesen sind vier Jahrzehnte lang, die sich nicht zu Wort melden konnten. Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist, hier einen Weg zu finden, der das Gespräch möglich macht.

Nun haben wir es zu tun mit der Stabilisierung der Unternehmen, mit dem Ausbau der Infrastruktur, mit dem Errichten von Ländern und Gemeinden unter Bedingungen, die sich keiner vorstellen kann. Wir haben in Nordrhein-Westfalen bei Land und Gemeinden insgesamt etwa 650.000 Beschäftigte. In der jetzigen DDR bei 16 Millionen Einwohnern sind es 2,1 Millionen. Wie soll das gehen? Wir haben in Nordrhein-Westfalen 396 Gemeinden, die größte mit etwa einer Million, die kleinste mit unter 5.000 Einwohnern. In der DDR gibt es 7.700 Gemeinden. Die Durchschnittsgrößen sind eher vierstellig als fünfstellig. Wie soll das gehen? Der Begriff Finanzamt, der Begriff eigenes Steuerrecht ist unbekannt, kommunale Abgaben existieren nicht. Da sitzen jetzt Tausende von Stadtverordneten und Gemeinderäten und sollen Daseinsvorsorge betreiben und wissen nicht, mit welchen Mitteln.

Vierhundert nordrhein-westfälische Beamte sind im Augenblick in Brandenburg und Mecklenburg und versuchen, mitzuhelfen. Ich danke den vierhundert. Ich wäre froh, wenn es achthundert wären, denn das ist ein Stück politische Lebensrettung, was da geschieht und das ist ein Stück des Prinzips, von dem wir immer gesprochen haben: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Wir haben das immer als sozialpolitische Aussage formuliert, es gilt aber auch für unser Verhältnis zur DDR. Darum möchte ich gerne vor denen, die hier versammelt sind, dem Eindruck widerstehen, die Länder wären nicht bereit, zu teilen. Wir zahlen 3,3 Milliarden bis 1994 an die DDR, ab 1995 1,3 Milliarden jedes Jahr. Wir gehen aus von einer Belastung von insgesamt mehr als 30 Milliarden und wir verzichten auf Steuern von 1,8 Milliarden bis 1994. Das wird schwer. Das werden wir spüren im Landeshaushalt und in den kommunalen Haushalten, aber wir müssen uns der Verantwortung stellen in Thüringen, in Sachsen, in Mecklenburg, in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt.

Ich habe von diesen Aufgaben gesprochen, nicht obwohl wir hier eine Bundestagsliste machen, sondern weil wir eine Bundestagsliste machen. Das ist die erste Liste zum Deutschen Bundestag für eine Wahl zu einem gesamtdeutschen Parlament. Wir gewöhnen uns erst langsam an diesen Gedanken. Wir gewöhnen uns erst langsam daran, daß in sechs Wochen Regierungsvertreter aus der DDR im Bundesrat sitzen werden und in acht Wochen mit Stimmrecht.

Da finde ich es nicht schlimm, daß unsere Landtagswahl und die Freude über den Sieg durch diese deutsch-deutschen Ereignisse überlagert worden sind. Aber jetzt vier Monate danach darf man doch mal fröhlich sagen: Ganz so selbstverständlich war das nicht, daß die Sozialdemokraten das dritte Mal die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen gewonnen haben. Das hat es vorher noch nicht gegeben, aber es ist ein Rekord, der übertroffen werden kann 1995, wenn wir bei der Sache bleiben, wenn wir unseren Erfolg fortsetzen, wenn wir praktische Reformen in einer Zeit neuer Herausforderungen zu realisieren versuchen.

Wie 1980 und 1985 haben wir im Landtag klare Verhältnisse. Ein bißchen bunter ist es da geworden. Wir tragen Verantwortung in der Regierung, die anderen tragen Verantwortung in der Opposition. Wir sind kein strukturell sozialdemokratisches Land. Wer die Parteiengeschichte nach 1945 kennt und die von Weimar noch dazu, der weiß das. Woran liegt das? Wo ist da der Schlüssel zu solchem Erfolg. Ich denke, der Schlüssel liegt darin, daß wir versucht haben, Politik nicht nur für die uns anvertrauten Menschen zu machen, sondern mit ihnen. Der Schlüssel liegt darin, daß wir eine Partei gewesen und geblieben sind, die gesprächsbereit war, die Konsequenzen erst nach dem Dialog zieht.

Ich habe das oft über mich gelesen, wie ich zögerte und zauderte. Ich habe das oft über mich gelesen, daß ich so ein Dialogmensch wäre. Ich bin damit nicht unzufrieden. Wer die Landtagswahlen 1980 hingezögert und die 1985 hingezaudert hat, der durfte die 1990 auf die gleiche Weise gewinnen. Man muß da nur sehen, wie machen wir das nicht zu einem Stilmittel sondern zu unserem Bewußtsein, daß die Partei nicht für sich selber da ist. Stellt Euch mal vor, jeder, der auf dem Plakat hängt als Kandidat, würde einmal am Tag daran denken, daß er nicht da hinge und daß sein Interview keine Schlagzeile machte, wenn es nicht Tausende gäbe, die noch nie ein Interview gegeben haben, aber die Plakate geklebt haben. Wenn es die nicht gäbe.

Wir brauchen eine neue Kultur des Zusammenlebens. Wir müssen Brücken schlagen, wir müssen Verbindungen suchen, wir müssen Trennendes überwinden und

wir müssen auf Versöhnung hinarbeiten, wo Spaltung droht. Die Wähler für die 50,0 % gehören uns nicht. Da sind welche dabei, die sind eigentlich CDU, eigentlich Grün, eigentlich FDP, die haben uns einmal vertraut, diesmal. Da muß man fragen, ob man da unserer Politik abspürt, daß wir uns um deren Zustimmung bemühen, daß wir nicht die Stimmen im Sack haben, sondern daß wir Rechtfertigung abzulegen versuchen für das, was wir tun.

Das heißt für uns in Nordrhein-Westfalen jetzt, daß wir die drei Aufgaben klar sehen müssen, vor denen wir stehen und die gleichzeitig die Möglichkeiten auf anderen Feldern begrenzen: Die Nord-Süd-Frage, den europäischen Binnenmarkt und das vereinte Deutschland in einem vereinten Europa. Das sind die Fragen.

Da gilt es nun zu sehen, welche Menschen leben da, mit denen und für die wir diese Politik konzipieren. Da leben Menschen, die werden älter in einem sehr viel stärkeren Maße als früher. Wir haben uns daran zu freuen. Der Anteil der älteren Menschen in den nächsten zehn Jahren wird um 6,5 % zunehmen. Man kann das Datum ausrechnen, an dem jeder dritte Einwohner 60 ist und älter - ich auch nächstes Jahr, habe zuhause aber noch nicht darüber gesprochen.

Wem bei dem Stichwort "alt" nur ein Pflegeheim einfällt, hat, so wichtig das ist, die Dimension dieses Problems nicht begriffen. Es geht um die älteren Menschen, die leben wollen. Die älteren Menschen wollen mehr als Kaffeefahrten nach Holland mit Streuselkuchen und der Möglichkeit, Römertöpfe billig einzukaufen, die wollen den Sinn ihres Lebens erfahren können, und die fragen nach Städten, in denen man das kann und nach Stätten, an denen man das kann.

Wir werden in den nächsten fünf Jahren einen Zuwachs der unter Fünfjährigen haben, über 10 %. Und bei wievielen Gelegenheiten haben wir das nicht gesagt: Es gibt kein Land, das je Kind und insgesamt mehr für Kindergartenplätze ausgibt, es gibt kein Land. Dennoch, wir haben, was die Quote angeht, nur eine Durchschnittszahl und immer noch an vielen Orten familienfeindliche Öffnungszeiten. Wir müssen mehr tun. Wir müssen 100.000 neue Kindergartenplätze bauen in den vor uns liegenden fünf Jahren. Dazu haben wir uns verpflichtet, das muß uns gelingen.

Altenpolitik, Kindergartenpolitik, das ist die Übersetzung des Begriffes solidarische Gesellschaft in die Wirklichkeit. Nun könnte ich die einzelnen Felder der Landespolitik mit Euch und vor Euch abschreiten, liebe Freunde: Die Frage nach den Wohnungen - es gibt wieder Wohnungsnot in Deutschland - die Frage nach der Modernisierung unserer Industrie, die vorangekommen ist in den letzten Jahren. Wir sind wieder auf Platz Eins.

Ich glaube, daß es immer welche gäbe, die sagten, aber mein Kapitel, mein besonderes Interesse hat er nicht angesprochen. Ich will das nicht tun, zur Einleitung dieses Zusammenseins, bei dem wir uns ja rüsten wollen, - der Begriff gefällt mir nicht so ganz, fitmachen, liegt mir aber auch nicht - also, bei dem wir uns gegenseitig ermuntern wollen für die nächsten drei Monate, damit die SPD die Nummer Eins in Deutschland wird. Bei diesem Treffen will ich nicht die ganze Breite der Politik entwickeln, sondern von den Sorgen sprechen und davon, wie wir denn dieser Sorgen Herr werden und wie wir den Menschen ihre Sorgen nehmen.

Da ist ein besonderes Feld, das bewegt nicht nur mich, es bewegt jede Ratsfraktion, manchen Ortsverein, aber es bewegt auch die Bürger: Wie werden wir des Problems Herr, daß immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Grün-

den zu uns kommen. Wie verkraften wir die Belastung der Kommunen angesichts der Asylbewerber, was tun wir, nachdem die Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft sind, diesen sozialen Sprengstoff vor Ort nicht in die Luft gehen zu lassen?

Wer das Asylrecht bewahren will, der darf vor diesen Entwicklungen nicht die Augen verschließen. Es muß ganz klar sein, was immer wir uns da auf die Schultern nehmen und anderen auf die Schulter legen: Wer politisch verfolgt ist, wird auch in Zukunft nicht abgewiesen werden, hat und behält Anspruch auf Asyl.

Nun bemühen wir uns als Landesregierung, herauszukommen aus diesem Ping-Pong-Spiel: Bist Du für den Artikel 16, gegen den Artikel 16. Darüber kann man viele Rechtsseminare machen. Wir glauben, wichtiger ist es, daß wir die gegenwärtige rechtliche Ausformung des Asylrechts prüfen und daß wir zu Maßnahmen kommen.

Die schwierigste Maßnahme, können wir nicht allein schaffen. Wir müssen die Situation in den Herkunftsländern beeinflussen. Wir müssen dafür sorgen, daß in Rumänien und in Polen und in der Sowjetunion menschenwürdige Verhältnisse entstehen, aber das dauert lange und je ferner die Länder sind, desto schwieriger ist das. Und immer mehr sind der Bund und die EC und die UNO Adressaten solcher Forderungen, immer stärker als wir. Wir müssen den unkontrollierte Zuzug eindämmen. Wir müssen den Schlepperorganisationen das Handwerk legen, den Rechtsanwälten in den Nadelstreifen, die sagen: Schreib da mal hin "Asyl", dann kannst du drei Jahre bleiben. Wir müssen die Asylverfahren beschleunigen, die materiellen Anreize für die Zuwanderung abbauen, die Unterbringungssituation in den Gemeinden entschärfen, das ist das Programm der Landesregierung jetzt.

Wieviel das kostet, wieviel Konflikte das bringt und wie das Ziel unterschiedlich Verantwortliche, die solidarisch miteinander darüber diskutieren, wie sie das belastet bis ins persönliche Leben hinein, das kann ich bei Herbert Schnoor und Hermann Heinemann und vielen anderen schon spüren und erfahren. Ich denke auch von einem solchen Aspekt der Politik darf man bei einer Delegiertenkonferenz einmal sprechen.

Ich möchte denen in den Städten und Gemeinden sagen: Wir wollen sie nicht allein lassen, wir wollen das tun, was wir tun können. Aber unsere Kraft ist auch nicht unbegrenzt. Lange Arbeit ist nötig. Lasten müssen verteilt werden. Wir stehen vor finanziellen Belastungen im Land, die jetzt noch nicht bezifferbar sind, aber sie sind deutlich und sie sind klar geworden, in dem was ich am Anfang zur deutschen Einheit gesagt habe. Wir drängen darauf, daß Nordrhein-Westfalen seine Rolle im vereinten Europa spielen kann. Wir wollen fit sein für den europäischen Binnenmarkt, nicht nur wirtschaftlich. Wir wollen kulturelle Vielfalt möglich machen. Zur kulturellen Vielfalt gehört die Heimat wie die Fremde. Und wir wollen den Bürgern begegnen als Menschen, die nicht sauertöpfisch sind, als Menschen, die nicht einfordern, sondern anbieten, als Sozialdemokraten, die wissen: Manchmal sind die Tage sehr lang, aber es macht Spaß für die richtige Politik einzutreten. Das müssen die Menschen uns ansprechen und wenn die Menschen nicht mehr spüren, daß wir sie mögen, dann wählen sie uns auch nicht, und ich kann sie verstehen, wenn sie uns nur wählen, wenn wir sie mögen.

Der 2. Dezember ist ein Einschnitt. Ich selber hab viele Wahlzeiten erlebt, erlitten und durchsteuert, aber dieser 2. Dezember ist ein Datum von ganz besonderer Bedeutung. Sind wir schon vorbereitet, haben wir alles getan? Das Regierungsprogramm liegt vor. Heute abend und morgen tagt in

Bonn die Antragskommission und befaßt sich mit diesen Anträgen, die dazu gekommen sind. Ich kenne bisher nur das Gewicht. Ende des Monats wollen wir sie in Berlin verabschieden auf einem aufregenden Parteitag. Da tagt die West-SPD im Osten und die Ost-SPD im Westen und am zweiten Tag gibt es nicht mehr Ost-SPD und West-SPD. Willy Brandt verliert eines seiner Ehrenvorsitzenden-Ämter -aber eines behält er. Dann kommt es darauf an, ob wir von diesem Tag an unsere Zielvorstellungen verständlich machen, begreiflich machen.

Von wichtigen Aspekten dieser Zielvorstellungen wird Christoph Zöpel gleich sprechen. Wie soll das weitergehen, wie wollen wir soziale Sicherheit in Deutschland organisieren, wie wollen wir die Lebensbedingungen verbessern, wie wollen wir den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft schaffen? - Wir wollen ja nicht aussteigen aus der Industriegesellschaft.

Von da ab ist dann nicht mehr der Parteitag der Ernstfall, sondern dann geht es darum, ob wir gemeinsam mit dem Kanzlerkandidaten, mit Oskar, alle Anstrengungen machen. Ich kann nur sagen, und da spreche ich aus Erfahrung: Der Kanzlerkandidat kann es allein nicht schaffen, die Partei auch nicht. Es kommt darauf an, wie nahe diese beieinander sind. Der Kanzlerkandidat und die Partei. Und deshalb möchte ich sagen, für uns in Nordrhein-Westfalen: Oskar Lafontaine kann sich auf unsere Geschlossenheit und auf unsere Mitarbeit verlassen.

Wir hätten rechnen müssen mit der Vergeßlichkeit der Leute. Der Ruf: "Ich bin der Kanzler", übertönt die Welt und ich kann ja sogar verstehen, daß er sich daran freut. Wir müssen reden über die Gesundheitsreform und über den 116 AFG mit der Schwächung der Gewerkschaften. Wir müssen reden über die sogenannte Steuerreform. Wir müssen reden über das, was es an Politik in den hinter uns liegenden vier Jahren in der Bundesrepublik gegeben hat, wir müssen die Verschleierung unmöglich machen, auch die Verschleierung der Probleme bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Ich fordere keine Steuererhöhung, ich gehöre nicht zu denen, die die Interviewinflation dieser Tage noch vermehren. Ich halte nichts davon. Wir sollten das erst miteinander besprechen. Ich frage nur die Bundesregierung, die sagt, das ginge alles ohne Steuererhöhung, wir wollen mal wissen, wer denn Recht hat: Theo Waigel oder Lothar Späth, Helmut Kohl oder Kurt Biedenkopf, Manfred Rommel oder Alfred Dregger. Die drei fordern Erhöhung der Steuern, und sagen, es geht nicht ohne. Der Bundeskanzler sagt, die Teilung könne nur durch Teilen überwunden werden. Ich habe das auch gesagt. Wenn er nicht Steuererhöhungen meint, wüsste ich gerne, was er meint. Vielleicht meint er permanente Erhöhung der Hypothekenzinsen für Häuslebauer. vielleicht ist das gemeint. Vielleicht meint er Belastung der mittelständischen Industrie und der kleinen Selbständigen, die schon in der Nähe der Selbstausbeutung sind, durch eine Geld- und Zinspolitik, die ihnen die Luft zum Atmen nimmt. Man muß sagen, was man will. Man muß tun, was man sagt und sagen, was man tut.

Wir sind auf einem mühsamen Weg, wir wollen auf diesem Weg als Sozialdemokraten nicht die Streithähne sein, aber das soziale Gewissen. Wir wollen mithelfen, daß nicht der Spruch "Wer da hat, dem wird gegeben" das Motto der inneren Gestalt und der inneren Struktur des neuen Deutschland wird. Wir wollen den Anspruch auf Regierungsverantwortung, den wir 1987 verfehlt haben, 1990 so deutlich sagen, daß die Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik klar ist. Als wir 1987 gemeinsam in den Wahlkampf zogen, gab es vier sozialdemokratisch geführte Länder von elf. Heute gibt es sieben. Wir haben schon ein Stück des Weges geleistet, jetzt gilt es das

andere Stück noch zu leisten am 14. Oktober in der DDR, damit die Ausgangsbasis gut ist.

Wir sind, so glaube ich, in guter Verfassung, aber wir haben uns jetzt nicht zurückzulehnen, sondern wir haben die Kräfte zu bündeln, vor Ort, das Gespräch zu suchen mit Verwandten und Freunden, wir haben unser Programm nach draussen zu bringen und wir haben zu versuchen, zustandezubringen die Identität von Programm und Person in jedem einzelnen Wahlkreis. Damit Politik zum Anfassen wird, bei der Glaubwürdigkeit, bei der die Argumente stimmen und bei der endlich die Mehrheit die Mehrheit wählt, die kleinen Leute. Das ist unser Ziel. Lasst uns diesen Tag begreifen als eine Chance uns unserem Ziel ein Stück zu nähern. Dann war es ein guter Tag. Glückauf.

4. Beschlussfassung über **a) die Tagesordnung** **b) die Geschäftsordnung**

a) Tagesordnung

Die mit der Einberufung zur Landesdelegiertenkonferenz vorgeschlagene vorläufige Tagesordnung wurde um einen Tagesordnungspunkt 7 - Antragsberatung (Abstimmungsergebnis 138 Ja-, 120 Nein-Stimmen) ergänzt und in umgestellter Reihenfolge in der nachstehenden Fassung beschlossen:

1. Eröffnung;
2. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz
 - a) Wahl des Versammlungsleiters/der Versammlungsleiterin
 - b) Wahl des Schriftführers/der Schriftführerin
 - c) Wahl des Vertrauensmannes/der Vertrauensfrau
 - d) Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes/der Vertrauensfrau
 - e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmern/-teilnehmerinnen zur Versicherung an Eides Statt
 - f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - g) Wahl der Wahlkommission;
3. Grundsatzrede Ministerpräsident Johannes R a u ,
Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen;
4. Beschlussfassung über
 - a) die Tagesordnung
 - b) die Geschäftsordnung;
5. Grussworte;
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
7. Antragsberatung;
8. "Fortschritt 90 - Offensive für ein modernes Deutschland"
Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Z ö p e l ;
9. Beschlussfassung über die Landesliste
 - a) Platz 1 der Landesliste
 - b) Platz 2 bis Schluss der Landesliste;
10. Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy B r a n d t ;
11. Schlusswort.

4. Beschlussfassung über a) die Tagesordnung b) die Geschäftsordnung

b) Geschäftsordnung

Die mit der Einberufung zur Landesdelegiertenkonferenz vorgeschlagene vorläufige Geschäftsordnung wurde ohne Veränderungen angenommen.

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten.
2. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.
3. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
4. Die Wahl der Kandidaten/Kandidatinnen der Landesliste ist geheim. Es werden gewählt:
im 1. Wahlgang der Spitzenkandidat,
im 2. Wahlgang die Gruppe von Platz 2 bis Ende der Landesliste.

Bei mehreren Kandidaturen für gleiche Plätze der Landesliste wird darüber vorab gesondert geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichtersteller/innen können ausserhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten ausserhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt maximal fünf Minuten.
9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.